

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 5 86 846 ppbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 120

26. Juni 1984

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, kommentiert den Umgang des BfA-Präsidenten mit dem Urteil des hessischen Landessozialgerichts: Amtsmißbrauch.
Seite 1

Helmut Röhde MdB skizziert die Probleme der EG im Lichte der Wahlen zum Europäischen Parlament: Was nun, Europa?
Seite 3

Dokumentation

Heinz Westphal, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, würdigte in Tel Aviv die Verdienste des israelischen Sozialisten Akiva Lewinsky anlässlich dessen Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz. Wir dokumentieren die Rede.
Seite 5

Franke treibt Amtsmißbrauch

Zum Umgang des BfA-Präsidenten mit dem Urteil des hessischen Landessozialgerichts

Von Karl Weinhofer MdB
Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Was heute durch den Blätterwald geistert, kann nur als gewollte oder ungewollte Desinformation bezeichnet werden. Es heißt, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Franke "respektiere" jetzt das Urteil des hessischen Landessozialgerichts, das am vergangenen Freitag seinen Erlaß aufgehoben hatte, vom Streik nur mittelbar Betroffenen kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Ein Respektieren dieses Urteils bestünde aber darin, daß Franke nun endlich die Konsequenz zöge, und die Anweisung herausgäbe, nach erfolgter Einzelfallprüfung die Auszahlungen vorzunehmen. Stattdessen legt er dem Verwaltungsrat der Bundesanstalt erst am Mittwoch einen Vorschlag vor, der vorsieht, daß die Arbeitsämter die Anträge zwar bearbeiten, aber nur in Ausnahmefällen Auszahlungen vornehmen sollen.

Die Taktik ist klar. Verzögerung soll um jeden Preis erreicht werden, die Gewerkschaften sollen finanziell und moralisch unter Druck gesetzt werden. So funktioniert die Wende jetzt auch in der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit reibungslos. Dies wird vollends deutlich, wenn man sich anschaut, an wen im Ausnahmefall gezahlt werden

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



soll. Geld sollen nur besondere finanzielle Härtefälle erhalten, die keine Lohnersatzleistungen bekommen. Man kann dies auch klarer ausdrücken: Herr Franke in Nürnberg kalkuliert mit der Gewerkschaftskasse. Seine Entscheidung trägt dazu bei, sie schneller zu leeren, die Gewerkschaften früher dazu zu zwingen, auch inakzeptable Kompromisse annehmen zu müssen.

Die Verzögerungstaktik wird auch in einem anderen Punkt mehr als deutlich. Eine Entscheidung der Bundesanstalt soll nach Franke auch den Ausgang der eingelegten Verfassungsbeschwerde einbeziehen. Liegt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am Mittwoch noch nicht vor, wird man wohl einen weiteren Aufschub der Auszahlungen vorschlagen. Auch dies wäre ein geradezu einmaliger Vorgang. Auf diese Weise ließe sich im Wege der Verfassungsbeschwerde nahezu jeder halbwegs umstrittene politische oder verwaltungsmäßige Vorgang auf ungewisse Zeit blockieren. Wie ernst es Franke mit seiner Verzögerungsstrategie ist, zeigt sein Hinweis in einem Zdf-Interview, eine endgültige Entscheidung werde ja erst in einigen Jahren beim Bundessozialgericht fallen.

Franke verletzt mit seiner Entscheidung die Neutralitätspflicht, die auch die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Arbeitskampf zu beachten hat. Hand in Hand mit der Bundesregierung und dem Großteil der Medien wird der Druck der sogenannten öffentlichen Meinung auf die Gewerkschaften verstärkt. Was daran so ungeheuerlich ist, ist die Tatsache, daß diese Politik auf dem Rücken der Haushalte von Arbeitnehmern ausgetragen wird, die ohne eigenes Zutun ausgesperrt oder auf Kurzarbeit gesetzt worden sind. Dies ist nicht nur Verletzung der Neutralitätspflicht, dies ist nicht nur eine klare Mißachtung von Gerichtsentscheidungen, dies ist auch Amtsmißbrauch!

Der neue Präsident der Bundesanstalt der Arbeit betätigt sich nun auch schon als Handlanger derjenigen, die die Bundesrepublik auf den Weg in den Unternehmerstaat drängen wollen.

(-/26.6.1984/ks/rs)

+ + +



Was nun?

Nach der Europa-Wahl

Von Helmut Rohde MdB

Man gewinnt den Eindruck, daß die Politik die Ergebnisse der Europawahl gar nicht schnell genug verdrängen kann. Sonst wären der Prunk von Fontainebleau und der Optimismus von Kohl bei dem erneuten Gipfelspektakel schwerlich zu erklären. Nicht der Stil nüchternen Arbeitskonferenzen, sondern der Eindruck verbreitet sich, daß daraus immer mehr kleinbürgerliche Imitationen der großen Welt werden. Wenn zudem aus Straßburg von neu Gewählten gesagt wird, in Europa müsse man jetzt über neue Perspektiven nachdenken, fragt man sich unwillkürlich, worüber eigentlich der Wahlkampf geführt worden ist.

Europa hat viele Kerben auf seiner Krisenlatte. Die tiefste aber ist wohl der Vertrauensverlust, den die Gemeinschaft in breiten Schichten erlitten hat. Warnsignale wurden nicht beachtet, die soziale Fundierung der Gemeinschaft wie Denkschriftenlyrik behandelt, die großen strukturpolitischen Wandlungen dieses Kontinents hinter Marktbeschwörungen versteckt. Die Massen hatten am Wahltag kein Vertrauen dazu, daß sie diese Mischung von Selbstgefälligkeit und Lethargie noch mit einem Stimmzettel ändern könnten. Und die Politik? Die Parteien erschienen den Wählern eher wie formierte Gesellschaften mit Establishment denn als soziale Bewegung mit politischem Freiraum und couragierter Führung. Kein Wunder, daß nicht der Mut zu neuen Perspektiven für die Gemeinschaft, sondern eher innenpolitische Ersatzparolen die Wahlzeit beherrschten. Die Massen fühlten sich von der europäischen Politik im Stich gelassen.

Und nun? Soll wiederum fünf Jahre so weitergeführt werden in der Gemeinschaft wie in der ersten Legislaturperiode des direkt gewählten Parlaments? Was werden Sozialdemokraten und Sozialisten machen? Werden sie über agitatorische Konfrontation hinaus den Mut haben, politische Front zu machen gegen eine sich verkrustende Gemeinschaftspolitik mit ihrer schwerfälligen, sich verbürokratisierenden Struktur. "Endstation Sehnsucht" ist inzwischen das ursprüngliche Europakonzept der Restauration mit seiner Wirtschafts- und Agrarpolitik und seiner unglaublichen Lethargie gegenüber den sozialökonomischen Umbrüchen gerade dieses Kontinents geworden. Das Europa der Zukunft kann kein Fortsetzungsroman sein, keine Brüsseler Routine mit Straßburger Kommentaren. Das ist eine Frage, von der keine flotten Formulierungen oder Denkschriften, schon gar nicht Schiffe, Zirkus und Heißluftballons befreien können. Die Kluft zwischen dem, was ist und was eigentlich sein müßte, kann nicht mehr auf taktische Weise überbrückt werden. Europa hat keinen Mangel an Papieren, aber die Institutionen haben ein Defizit an Vertrauen vor allem der arbeitenden Schichten. Um wenigstens in einigen Strichen zu zeigen, was gemeint ist:

- Europapolitik darf sich nicht nur in Rufen nach mehr Zentralisierung erschöpfen. Je mehr sich die Gemeinschaft ausweitet, desto mehr sind eigentlich Regionalisierung der Politik und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern und der Spitze der Gemeinschaft erforderlich. Diese Gemeinschaft ist keine Zentralbehörde und läßt sich nicht dazu machen, zumal den Massen unablässig vorgeführt wird, daß die zentralen Institutionen immer schwerfälliger werden und die brisanten Probleme zwischen Palermo und Kopenhagen immer weniger bewältigen können. Eine dezentralisierte Gemeinschaftspolitik, in der sich europäischer Rahmen mit kreativer Entwicklung in den Regionen neu verbindet, kann mehr in Bewegung bringen als ausufernde Bürokratisierung und Zentralisierung in den Institutionen. In dieser Beziehung dürfen sich Sozialdemokraten und Sozialisten nicht zum Vorspann europäischer Bürokratie machen lassen. Sie müssen auf die Verwurzelung ihres politischen Handelns bedacht sein.



- Die europäische Vertragsmischung aus Finanzausgleich, Marktaustausch und Agrarpolitik erschien für eine Phase ausreichend, in der sich hohe Wachstumsschritte mit Markt- und Wirtschaftsexpansion verbanden. In einer Periode des Strukturwandels dagegen, von der in Europa ganze Industrielandschaften mit Millionen Menschen in Mitleidenschaft gezogen worden sind, reichen sie nicht aus. Zwar sagen die Regierungschefs dauernd, die Arbeitslosigkeit sei vorrangiges Thema. Nur fragt man sich, warum sie dann seit Jahren stets etwas anderes tun, anstatt sich dieses Themas anzunehmen. Eine Gemeinschaft, die so den Entwicklungen ihrer sozial-ökonomischen Basis gegenübersteht, gefährdet ihren politischen Überbau. Auch auf diesem Felde müssen europäische Zielsetzungen mit Anstrengungen in den Mitgliedsländern zusammentreffen. Die breiten Schichten interessieren weniger die Zuständigkeiten, als die Zustände selbst.
- Ein anderer Punkt sind die sozialen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt, die zur schweren Bürde für immer mehr Menschen werden. Die neuen Technologien, das neue Verhältnis von Produktion und Arbeit, neue Bildungsexpansionen und gleichzeitig tabuisierte Gesellschaftsstrukturen, wie zum anderen auch immer größer gewordene Wanderungsbewegungen, lösen neue soziale Dünungen aus. Sozialdemokraten haben darüber bereits seit 1970 geredet und geschrieben. Unter Kanzler Willy Brandt fand Anfang der 70er Jahre eine Gipfelkonferenz "für ein soziales Europa" statt. Und die Erfahrungen? Die Inhalte der europäischen Politik mußten Platz machen für jahrelange Ergüsse über die Wirkungen eines direkt gewählten Parlaments. Jetzt zeigt sich, daß sich Parlamentarismus durch seine Inhalte bestätigen muß. Entscheidend ist, soziale und beschäftigungspolitische Leitlinien und Ziele aufzustellen. Dazu gehört Mut. Beispielsweise fragten wir schon 1973, ob nicht "stufenweise der Weg zu einer europäischen Arbeitsbehörde" beschrritten werden müsse, sinnvoller jedenfalls als manch andere Bürokratien. Die Wanderungsbewegungen von Millionen von Menschen innerhalb unseres Kontinents seien eines der gravierendsten sozialen Probleme unserer Zeit. So 1973: "Das ist sozialer Sprengstoff mit Zeitzünder."
- 1971: "Beim unkontrollierten Fortschreiten der Entwicklungen stehen wir vor der Gefahr, daß eine weitere Vermehrung der Güter zunehmend durch eine Verminderung der Qualität der Lebensbedingungen abgewertet wird. Die Verkehrsprobleme der Ballungsräume, die Verschmutzung von Luft und Wasser sowie das Ungleichgewicht zwischen privaten und öffentlichen Investitionen sind Beispiele dafür. Auf nationaler Ebene allein sind wirksame Fortschritte auf Dauer nicht zu erreichen." Auch in dieser Beziehung wollten wir damals couragiertes nationalstaatliches Handeln auf der einen und europäische Leistungsfähigkeit auf der anderen Seite erreichen. Beides blieb im Defizit.

Die Liste ließe sich erweitern. Alle entscheidenden Fragen weisen in die gleiche Richtung: Europäischen Rahmen, also verbindliche Zielvorstellungen mit kreativer Dezentralisierung zu verbinden. Nicht das Brüsseler Pokerspiel um die große Kasse, sondern die Antwort darauf, wie man Vertrauen und Handeln für die Zukunft miteinander verknüpfen kann, heißt die Frage, wie also die Gemeinschaft zur Politischen Führung wird, anstatt zum bürokratisierenden Establishment zu werden. Nicht an Programmwürfen, an der Politik mangelt es in Europa. Nicht die Probleme selbst, so groß sie in Europa auch sind, werden für die Gemeinschaft letztlich entscheidend sein. Ihr Hauptproblem ist der Charakter ihrer Politik. Das hat sich am Wahltag und in den ersten zehn Tagen danach gezeigt.

(-/26.6.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal MdB, hielt aus Anlaß der Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes an den israelischen Sozialisten Akiva Lewinsky in Tel Aviv die folgende Rede.

Glückwunsch für den israelischen Sozialisten Akiva Lewinsky

Freunde aus der deutschen Arbeiterbewegung haben unser Staatsoberhaupt gebeten, einen Mann zu ehren, der seine Lebensaufgaben in der israelischen Arbeiterbewegung erfüllt: Akiva Lewinskiy.

Frauen und Männer aus der israelischen und der deutschen Arbeiterbewegung sind froh und stolz darauf, daß die Lebensleistung dieses Mannes Anerkennung fand, die

- dem Kampf gegen Hitler,
- dem Aufbau des jüdischen Staates
- und der Überwindung - nicht der Verdrängung - der Vergangenheit, die unsere Völker belastet, diente und weiter dient.

Diese Zusammenkunft beweist, daß die Hervorhebung Akiva Lewinskiys auch Zustimmung bei vielen Menschen aus anderen politischen Lagern findet.

Anläßlich dieser hohen Auszeichnung, lieber Akiva, die unser Botschafter Dir überreichte, bringe ich Dir die Grüße und guten Wünsche Deiner deutschen Freunde, die Grüße von Willy Brandt, von Walter Hesselbach, von Jochen Vogel und Johannes Rau, um nur einige zu nennen; von den führenden Männern und Frauen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Da hat ein junger Mensch, knapp 16 Jahre alt, das Deutschland der beginnenden Nazi-Zeit verlassen, um zusammen mit anderen jungen Juden im damaligen Palästina eine Verheißung durch eigenes Handeln der Erfüllung näher zu bringen. Der gemeinsame Aufbau eines Kibbuz - Ma'ayan Zvi - stand am Anfang. Akiva gehört noch heute dieser Gemeinschaft an, die ich als die höchst entwickelte Form menschlichen Gemeinschaftslebens ansehe.

Doch bald schon trat an die Stelle dieser harten Aufbauarbeit in bisher unwirklicher Umgebung eine andere, dem 21jährigen noch wesentlich mehr abverlangende Aufgabe: Seine Kibbuz-Gemeinschaft sandte ihn nach Deutschland. Er sollte den Versuch machen, die



Eltern der jungen Kibbuzniks zu retten, herauszuholen aus dem Hitler-Staat, der in diesem Sommer des Jahres 1939 im Hochgefühl seiner Macht Polen überfiel, den Wahnsinn des Zweiten Weltkrieges begann und nach den Juden-Verfolgungen in Deutschland nun den Völkermord, den Holocaust in ganz Europa einleitete.

Wer von uns, der ein glücklicheres Schicksal hatte, kann sich vorstellen, was in einem jungen Menschen vor sich geht, der fast täglich erleben mußte, daß das eigene, auf Hilfe für andere gerichtete Tun nicht die erstrebte Rettung bringen konnte wegen der erbarmungslosen Ausübung der Macht durch die Schergen eines Unrechtregimes? Daß ein Mensch, der diese Hilflosigkeit, diese ohnmächtige Wut, die Verfolgung, das Grauen bewußt erlebte, in der eigenen Familie ertrug, danach durch sein Wirken zu einem neuen Anfang in so eindrucksvoller Weise beitrug und damit für viele zum Vorbild wurde, denen ein solcher Entschluß zunächst gegen ihr Innerstes gehen mußte, beschämt uns tief und beglückt uns zugleich.

Es geht um solche Vorbilder, wenn wir auf die jungen, nachwachsenden Generationen erzieherisch sinnvoll und mit der Chance des Erfolgs Einfluß nehmen wollen, und dies gilt - wenn ich es richtig sehe - für die jungen Generationen unserer beiden Völker.

Es waren Kinder und Jugendliche, um deren Rettung aus besetzten europäischen Ländern sich Akiva Lewinsky danach als Repräsentant der Jugend-Aliyah in der Endphase des Krieges und direkt danach bemühte. Möge es niemals wieder so bedrückende, so niederschmetternd schlimme Aufgaben für die Jugendarbeit geben, wie er sie damals zu leisten hatte und dann doch endlich auch mit dem sichtbaren Erfolg eines neuen Lebensbeginns für viele in einer neuen, hoffnungsvollen Heimat leisten konnte!

Sie, meine verehrten Anwesenden, verstehen sicher, wenn jemand wie ich, der auch einmal aus der Jugendarbeit hervorgegangen ist, diesen Lebensabschnitt Akiva Lewinskys in besonderer Weise unterstreicht, zumal es nicht gelingen kann, durch eine einzelne Rede die volle Lebensleistung dieses Mannes zu würdigen.

Daß aber neben der Knüpfung von Wirtschaftsbeziehungen, neben dem Ausbau einer Zusammenarbeit von Arbeitnehmer-Banken, neben der weltweiten Tätigkeit des heutigen Schatzmeisters der Jewish Agency und der zionistischen Weltorganisation eben immer Aktivitäten dieses tatenreichen Mannes gestanden haben und stehen, die der Arbeiterbildung, die dem Studium der Sozialbeziehungen - Fritz-Naphtali-Stiftung -, die dem Berufsbildungsaustausch von Technikern, die der politischen Bildung junger demokratischer Sozialisten - besonders in Beth Berl - dienen.

Akiva Lewinsky war an der Entstehung, am Aufbau, an der Leitung all dieser und noch vieler anderer Einrichtungen, bei denen sich die Zusammenarbeit der deutschen und israelischen Arbeiterbewegung konkret auswirkte, immer führend beteiligt. Und doch war er eigentlich meist im Hintergrund, nicht der Mann auf der Bühne, sondern der, der die Arbeit machte. Es ist wohl seine Bescheidenheit, die wir anderen darin erkennen. Und ehrt diese nicht einen Mann noch mehr, der auf so viele Taten verweisen kann? Ich finde: Ja!

Der kluge Rat in der Stille - ausgehend von einem hohen Kenntnisstand und einem großen Erfahrungsschatz -, Lieber Akiva, das ist es, was wir, Deine Freunde in Deutschland auch in Zukunft nicht missen möchten!
(-/26.6.1984/ks/rs)

+ + +

